

Rhein-Kreis Neuss prüft Kanal-Verbindung zur Maas

NGZ

Befürworter kritisieren die Landesregierung. 30.10.2020

DORMAGEN (schum) Der Vorstoß der Hochwasser- und InfrastrukturSchutz-Initiative am Niederrhein (HWS) für eine Rhein-Maas-Kanal-Verbindung von Dormagen bis nach Antwerpen stößt auf Interesse. Von einem „durchaus interessanten Vorschlag“ spricht der Pressesprecher des Rhein-Kreises Neus, Benjamin Josephs. Das Schreiben, das die HWS in der vergangenen Woche an Landrat Hans-Jürgen Petraschke gerichtet hat, werde „eingehend und ergebnisoffen geprüft“, so heißt es. Auch Bürgermeister Erik Lierenfeld hat ein Schreiben erreicht. Wie die Meinung des Rathaus-Chefs dazu ist, ist noch unklar, er will sich urlaubsbedingt dazu in der nächsten Woche äußern.

Die Initiative will eine Machbarkeitsstudie für eine Kanalverbindung von Dormagen an die Maas. So könne per Schiff Frankreich und vor allem der bedeutende Seehafen Antwerpen erreicht werden. Stattdessen ist vorgesehen, dass ab 2030 mit Wasser aus dem Rhein der so genannte Restsee des Braunkohlentagebaus Garzweiler in Grevenbroich aufgefüllt werden. Dafür plant RWE Power eine 24 Kilometer lange unterirdische Rheinwasser-Transportleitung von Dormagen über Rommerskirchen bis Grevenbro-

ich-Frimmersdorf. Für den Bau wurde ein 70 Meter breiter Trassenkorridor festgelegt. „Die beabsichtigte Lösung von Rohrleitungen nach Garzweiler ist falsch“, sagt Initiativen-Sprecher H.-Peter Feldmann. „Die Lösung für die Braunkohleproblematik hat keine Auswirkungen auf die Infrastruktur.“

Auf ein ablehnendes Schreiben von NRW-Ministerin Ursula Heinen-Esser reagierte HWS. „Sie dürften versichert sein, dass wir mit Blick auf historische Planungen für einen schiffbaren Wasserweg vom Rhein zur Maas, die Jahrzehnte dauernde Auffüllung der Tagebaue mit Rheinwasser mittels eines offenen Wasserweges und nicht über eine von der RWE geplanten Rohrleitungstrasse von Dormagen nach Garzweiler II erfolgen sollte.“

Feldmann: „Zwischenzeitlich haben wir Verantwortliche im Rheinischen Revier sowie die Öffentlichkeit über die Chancen nach Ende des Braunkohleabbaues informiert. Erste Erkenntnisse zeigen uns, dass derzeitige Landesplanungen als nicht zukunftsförderlich gesehen werden.“ Die CDU-geführte Landesregierung müsse sich endlich bewegen und eine Machbarkeitsstudie beauftragen, fordert die in Xanten ansässige Initiative.